

**Sprechnotiz für Herrn Regierungsrat  
Hans-Jürg Käser**

**Medienkonferenz der KKJPD  
„Ja“ zur dringlichen Revision des  
Asylgesetzes**

**24. Mai 2013**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Sie im Haus der Kantone begrüßen zu dürfen und Ihnen gemeinsam mit meinen Kollegen, Herrn RR Beat Villiger, Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug und Vizepräsident unserer Konferenz, sowie Monsieur le Conseiller d'Etat Pierre Maudet, Chef du département de la sécurité de la République et du Canton de Genève die Haltung unserer Konferenz zur dringlichen Revision des Asylgesetzes zu erläutern.

Erlauben Sie mir zur Einführung ein paar allgemeine Bemerkungen zur Notwendigkeit dieser Bestimmungen, die ja bereits seit Anfang Jahr in Kraft sind.

Das Massnahmenpaket, über das wir am 9. Juni abstimmen, ist Teil eines Gesamtpakets zur Neugestaltung des gesamten Asylbereichs in der Schweiz. Es ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt, den Schwierigkeiten,

die wir im Asylbereich haben, wirksam zu begegnen.

Insbesondere aus diesem gesamtheitlichen Sicht ist die Vorlage für die Kantone von grosser Bedeutung.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen können die Asylverfahren bereits heute vereinfacht und beschleunigt werden. Ziel ist es, dass der Bund diejenigen Personen, deren Asylgesuch offensichtlich chancenlos ist, nicht mehr auf die Kantone verteilen muss, sondern sie in seinen eigenen Strukturen rasch abarbeitet. Damit schafft er Klarheit für die Betroffenen und erhöht die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Entscheide. Und er kommt damit einer langjährigen Forderung der Kantone nach, die diese Entscheide umsetzen und die Ausreisen organisieren müssen: Es ist ungleich schwieriger für unsere Migrationsämter, einen Wegweisungsentscheid durchzusetzen, wenn die Betroffenen jahrelang hier waren, sich integriert haben und nun plötzlich ausreisen sollen.

Um dies zu erreichen, braucht der Bund zusätzliche Kompetenzen im Bereich der Unterbringung, bei der Beschaffung von Zentren. Und er muss das künftige, schnelle Verfahren testen können. Mein Kollege, Regierungsrat Villiger wird hierzu Ausführungen machen. Gleichzeitig fordern die Kantone Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Auch hier enthält das vorliegende Paket Lösungen, vorallem im

Finanzierungsbereich. Hierzu wird Regierungsrat Maudet sprechen.

Weil wir von der Notwendigkeit grundlegender Verbesserungen im Asylbereich überzeugt sind, hat sich unsere Konferenz bei der Erarbeitung der Beschleunigungsmassnahmen von Anfang an stark engagiert und eingebracht. Ich selbst habe zusammen mit dem Direktor des Bundesamtes für Migration eine Arbeitsgruppe geleitet, die die Auswirkungen dieser Beschleunigungsmassnahmen geprüft und entsprechende Umsetzungsvorschläge gemacht. Das Resultat dieser Arbeit, eine Reihe von Massnahmen, die auch den Kompetenzbereich der Kantone betreffen, haben die für den Asylbereich zuständigen Regierungsräte aller Kantone an der Asylkonferenz vom Januar 2013 einstimmig gutgeheissen.

Sie wissen es so gut wie ich: Im Asylbereich herrscht selten Einigkeit. Hier, bei diesem Thema, sind sich die Kantone und der Bund absolut einig. Wir ziehen am selben Strick. Die entsprechenden Vorschläge des EJPD waren deshalb sowohl bei SODK und KKJPD wie auch in den parlamentarischen Beratungen weitestgehend unbestritten.

Die im Rahmen des Referendums geäusserten Befürchtungen sind unbegründet: Selbstverständlich werden tatsächlich verfolgte Personen auch weiterhin

geschützt. Die humanitäre Tradition der Schweiz endet mit diesen Massnahmen nicht. Im Gegenteil: eine Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren sowie die konsequente Bekämpfung von Missbräuchen hilft uns, die Akzeptanz des Asylbereichs zu erhöhen und schafft den notwendigen Raum für tatsächlich verfolgte Menschen. Gerade weil wir die humanitäre Tradition der Schweiz weiterführen, muss die Vorlage angenommen werden.

Um diese Neugestaltung des Asylbereichs hin zu einem schlanken und effizienten System umsetzen zu können, ist die heute zur Diskussion stehende erste Revision notwendig. Unsere Konferenz setzt sich deshalb mit Überzeugung dafür ein, dass diese am 9. Juni eine Mehrheit findet.

Ich übergebe nun das Wort an Regierungsrat Beat Villiger und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.